

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 12.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 24. März 1911.

Inserationspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 11546. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

12. Jahrg.

## Was verdankt die deutsche Arbeiterschaft der christlichen Gewerkschaftsbewegung?

(Aus einem Vortrage des Generalsekretärs der christlichen Gewerkschaften Kollegen Stegerwald, gehalten in der Versammlung der Zahlstelle Düsseldorf des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands am 16. März 1911.)

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung trug schon bei ihrem Entstehen den Keim der Zerspaltung in sich. In Deutschland ist die politische (sozialdemokratische) Arbeiterbewegung älter als die gewerkschaftliche. Sie hat die Gewerkschaftsbewegung von vornherein mit ihren Bestrebungen und Zielen durchsetzt.

Die politische Sozialdemokratie ist und will sein eine Arbeiterpartei — aber die Arbeiter sind nicht bloß Klassenmenschen, Gewerkschaftler, Brotkonsumenten, sondern auch Staatsbürger. Die Sozialdemokratie ist Weltanschauungsart in materialistischem Sinne — aber die deutschen Arbeiter sind zu einem großen Teil gläubige Christen. Nun kann sich der Arbeiter bei Wahrnehmung seiner Interessen auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens nicht teilen: nicht mit den Abgeordneten mit seinen Standesinteressen betrauen und ihnen andern mit seinen staatsbürgerlichen und religiösen Interessen. Sind nun alle diejenigen Arbeiter, die sich zwar gewerkschaftlich betätigen wollen, aber nicht zur politischen Sozialdemokratie schwören, Zbioten oder beschränkte Kerle, wie das die sozialdemokratische Agitation glauben machen will? Im Gegenteil! Die politische Sozialdemokratie ist den Gewerkschaftsbewegungen bedenklich mehr feindlich als fördernd.

Was ist denn die Gewerkschaft? Sie ist eine Organisation, die ihre Begründung in den gegenwärtigen Verhältnissen und Aufgaben für die Gegenwart hat. Ihre Taktik muß sich daher nach den Bedürfnissen der Gegenwart richten. Die Taktik der politischen Sozialdemokratie dagegen dreht sich in der Hauptsache um Zukunftsziele. Um ihre Zukunftspläne begründen zu können, muß die Sozialdemokratie den gegenwärtigen Staat bekämpfen. Dadurch sind die Vertreter der gegenwärtigen Ordnung in eine natürliche Feindschaft gegen die Sozialdemokratie durch diese selbst hineingezwungen. Die selbstverständliche Folge ist mißtrauische oder direkt feindliche Aufnahme der sozialdemokratischen Forderungen und in den meisten Fällen Ablehnung derselben. Und weil sozialdemokratische Gewerkschaften und Partei eins sein wollen, fehlt der deutschen Gewerkschaftsbewegung das unbedingt erforderliche Maß von Einfluß im gegenwärtigen Staat. Der Erfolg ihrer gegenwärtigen Arbeit selbst so eine schwere Einbuße.

Trotz dieser Tatsachen sucht die sozialdemokratische Agitation die christlichen Gewerkschaften jahraus jahrein als Schädlinge an der deutschen Gewerkschaftsbewegung hinzustellen. In Wirklichkeit haben nicht nur die christlichen, sondern auch die sozialdemokratischen Arbeiter den christlichen Gewerkschaften viel zu verdanken. Durch die Gründung der christlichen Gewerkschaften hat 1) die gewerkschaftliche Agitation viel intensiver eingesetzt. Wenn mehrere Richtungen in der Gewerkschaftsbewegung vorhanden sind, treibt eine die andere. Die sozialdemokratische Richtung hat uns zur außerordentlichen Anspannung der Kräfte gebrängt, wie auch den sozialdemokratischen Gewerkschaften umgekehrt durch uns eine Anzahl agitatorischer Maßnahmen ausgenützt wurden. Ohne christliche Gewerkschaften wären jedenfalls heute in Deutschland 1/2—3/4 Million Arbeiter weniger gewerkschaftlich organisiert. Ferner ist durch die Konkurrenz der verschiedenen Richtungen der Durchbildung der Gewerkschaftsfunktionäre eine viel größere Sorgfalt zugewendet worden. Früher hat man die Nichtigkeit der englischen Gewerkschaftsführer sehr stark gepriesen. Diese sind in ihren Kenntnissen vielfach von den deutschen Gewerkschaftsführern überholt. Der englische Gewerkschaftsführer findet sich sehr gut zurecht in seinem engeren Berufe — in England bestehen 1100 Gewerkschaften, deren Rekrutierungsarbeit meist abgeschlossene Bezirke und Spezialberufe umfaßt — mit seinem sozialen und volkswirtschaftlichen Wissen reicht er im allgemeinen an den deutschen Gewerkschaftsfunktionäre nicht heran.

Durch die christlichen Gewerkschaften wurden 2) außerordentlich viele Hindernisse in behördlichen und bürgerlichen Kreisen gegen die Gewerkschaftsbewegungen ausgeräumt. Dadurch, daß sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften von vornherein so eng miteinander verwachsen waren, war es den Gegnern der Gewerkschaftsbewegung ein Leichtes, die revolutionären Ziele der Sozialdemokratie und die gerechtfertigten Bestrebungen der Gewerkschaften in einen Topf zu werfen. Dadurch wurden den Gewerkschaften Berge von Hindernissen aufgetürmt. In der Agitation gerberdet sich ja die Sozialdemokratie, als ob sie die ganze Welt händigen könnte. Das ist Schamlosigkeit! Selbentendenz des bayrischen und bairischen Budgetstreites auf den sozialdemokratischen Parteitag in Nürnberg und Magdeburg haben die Revisionisten die vollständige Dummheit der Sozialdemokratie offen dargelegt. 1889 hat man auf dem internationalen Sozialistenkongress in Paris den Vers geprägt: „Alle Räuber stehen still, wenn dein stärkerer Arm es will.“ Damals hatten die Gewerkschaften in Deutschland noch nichts zu melden. Seitdem diese erstarkt sind, ist ihnen in vielen Fragen ihre

Schwäche erst zum Bewußtsein gebracht worden. Ich vergesse nie das radikale Auftreten des Vorsitzenden vom Buchbinderverband, Kloth, auf dem Kölner sozialdemokratischen Gewerkschaftskongress in Sachen der Maifeier und des Generalfreizeits. 1906 kam dann für den Buchbinderverband eine verhängnisvolle Maifeier. Die Unternehmer betrachteten die Arbeitsruhe am 1. Mai als Tarifbruch und sperrten aus. Der Buchbinderverband war nach mehrmonatlicher Aussperrung vollständig kampfunfähig gemacht und bekam dann einen neuen für ihn sehr ungünstigen Tarifvertrag ausgenützt. Auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress 1908 gestand Kloth dann resigniert ein, daß er seine Anschauung über die Maifeier geändert habe. Auf der Geheimkonferenz der sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorstände (Februar 1906) sagte Hue: „Nur wenige haben den Mut zu sagen was ist. Es muß gesagt werden in unserm Kreise, daß wir nicht zu scheinen wagen, was wir sind.“ In kritischen Situationen und wenn man unter sich ist, ist man sich seiner Schwäche in sozialdemokratischen Führerkreisen sehr wohl bewußt. Wie wars beim Ruhrbergarbeiterstreik 1905? Im Dezember 1904 und Januar 1905 führten Dortmund „Arbeiterzeitung“ und „Bergarbeiterzeitung“ eine blutrünstige revolutionäre Sprache. Als dann der Streik zur unredlichen Zeit ausbrach und einen unbeschäftigten Umfang einnahm, war Holland in Not! Sept befürchtete man, daß wieder ähnlich wie 1889 die Bajonette eine Rolle spielen, die Vertrauensleute nicht wieder eingestellt und so der sozialdemokratische Bergarbeiterverband zertrümmert würde. Da kam man auf die Idee, den Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter an die Spitze der Bewegung zu stellen. Und nach dem Streik plauderte Leimpeters (Sozialistische Monatshefte 1905 Seite 929) offen aus, warum man das getan: „Was hätte sich wohl beim Bergarbeiterstreik ereignet, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter ihn allein geführt hätten, dann wäre der Säbel wohl nicht in der Scheide geblieben.“ Auch der letzte Bauarbeiterkampf hätte einen anderen Verlauf genommen, wenn nicht der christliche Bauarbeiterkampf an ihm stark beteiligt gewesen wäre. Es ist nicht Zufall, daß die antisozialen Scharfmacher im Baugewerbe den christlichen Bauarbeiterverband mehr hassen als die sozialdemokratischen Organisationen. Der „Vorwärts“ und die übrigen sozialdemokratischen Zeitungen konnten während des Bauarbeiterkampfes schreiben wozu sie Lust hatten; daran fürten sich die Unternehmer nicht. So oft aber angelegene bürgerliche Blätter, so die „Kölnische Volkszeitung“ eine wichtigere Notiz brachten, wurde man im Unternehmerlager nervös. Man bilde sich doch nicht ein, daß von staatlichen Behörden zc. auf die Unternehmer der nicht sehr sanfte Druck ausgeübt worden wäre, wenn an dem Kampfe nur sozialdemokratische Organisationen beteiligt gewesen wären. Das Schicksal der sogenannten Buchhauserverlage von 1899 wäre sehr zweifelhaft geblieben, wenn nicht die christliche Arbeiterschaft auf der ganzen Linie entschieden dagegen Stellung genommen hätte; das Berufsvereinsgesetz von 1905/06 wäre längst in Wirklichkeit, wenn nicht die christlichen Gewerkschaften damals nachdrücklich gegen seine für die gewerkschaftliche Praxis äußerst gefährliche Fassung Stellung genommen hätten; das Arbeitsstammengesetz — ohne Arbeitersekretärparagrafen — wäre längst verabschiedet und würde schließlich häufig gegen die Gewerkschaften ausgenützt werden, sofern nicht christliche Gewerkschaften vorhanden gewesen wären und sich entschieden dagegen gewendet hätten. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften können auf Kongressen und Versammlungen den größten Krach machen. Das macht auf Regierung und gesetzgebende Körperschaften keinerlei Eindruck. Das weiß man auch in sozialdemokratischen Führerkreisen; deshalb sucht man in den letzten Jahren entgegen früheren Gepflogenheiten stets die christlichen Gewerkschaften zur Teilnahme an wichtigen Kongressen zu bestimmen. — In Westdeutschland hat sich die Tarifbewegung geradezu mit Riesenschritten durchgesetzt. Wie sah es noch vor 6—8 Jahren in Köln, Düsseldorf, Aachen, Duisburg, Essen, Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen zc. im Holz- und Baugewerbe aus? Hier wurde eine gewaltig umwälzende Arbeit geleistet. Und unter sehr starker Mitwirkung der christlichen Gewerkschaften. Deshalb wurde dann auch in Westdeutschland das Wort geprägt: die christlichen Gewerkschaften seien schlimmer wie die sozialdemokratischen. Weiter wurden durch das Vorhandensein der christlichen Arbeiterbewegung im letzten Jahrzehnt

3. die schwerwiegendsten Pläne der Scharfmacher abgewehrt. Ohne das Reichstagswahlrecht wäre es ausgeschlossen gewesen, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung insbesondere im letzten Jahrzehnt die von ihr durchlaufene Entwicklung hätte nehmen können. Und wie sieht es nach dieser Richtung hin aus? Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb vor nicht langer Zeit (Nr. 165/06): „Heute wird in Deutschland die Reichspolitik viel mehr durch die geringe Zahl kirchlicher Arbeiter beeinflusst, als durch die ganze sozialdemokratische Klasse; . . . sie (die christlichen Arbeiter. D. B.) bilden die eigentliche Stütze des Reichstagswahlrechts.“ Das „Berliner Tageblatt“, das den christlichen Gewerkschaften alles eher als freundlich gegenübersteht, sagte in seiner Nummer 244/10 sehr richtig:

„Wohl hassen die Schlotjunger die Sozialdemokratie, die die Arbeiterschaft politisiert und die Hände „von ehedem zu einheitlichem Handeln zusammengefaßt“ hat. Aber inniger und herzlicher noch als die Sozialdemokratie hassen sie die christlichen Organisationen der Arbeiter. Denn die haben sie ihnen das Konzept des Kampfes gegen den „inneren Feind“ verborgen. Wie bequem und wirkungsvoll ließ sich der wirtschaftliche Kampf vordem doch auf politischem Gebiete führen! Die Sozialdemokratie „atheistisch, antinational und revolutionär“! Wie einfach ließ sich daraus der Begriff der „Ordnungsparteien“ ableiten. Wie überzeugend klang die kühnere Forderung, gegen den „inneren Feind“ müßten alle zusammenstehen und um der staatlichen Ordnung willen hätten auch liberale Parteien die reaktionärsten Gesetze zu bewilligen! All das zieht nicht mehr, seit es starke christliche Organisationen gibt, die kirchlich, national und monarchisch gesinnt sind und die wirtschaftlichen Kämpfe gelegentlich doch Seite an Seite mit der Sozialdemokratie durchziehen.“

Endlich wurde durch die christlichen Gewerkschaften 4. ein bestimmter Schutzwall gegen sozialdemokratischen Gesinnungsterrorismus aufgerichtet, den christlich gesinnten Arbeitern erst Luft, Licht und Ellenbogenfreiheit in Betrieben verschafft. Wer ist es denn, der heute in der Öffentlichkeit und von der Parlamentstribüne herab den sozialdemokratischen Terrorismus geißelt und ihm dadurch bestimmte Schranken auferlegt? Ohne christliche Gewerkschaften könnte der Nachkitzel bestimmter Elemente im sozialdemokratischen Lager keine Grenze.

Auch in nächster Zeit erwachsen den christlichen Gewerkschaften wieder bedeutsame Aufgaben. Gegenwärtig machen sich in der Tarifbewegung äußerst bemerkenswerte und ernste Tendenzen geltend und zwar:

a) ein großer Wirrwarr im sozialdemokratischen Lager hinsichtlich der Beurteilung der Tarifverträge. Wir erleben gegenwärtig dort das Schauspiel, daß die Verbände in der Großindustrie (Bergbau, Metall- und Textilindustrie) um Tarifverträge kämpfen, während die Organisationen von handwerksmäßigen Berufen (Maler, Zimmerer, Holzarbeiter) das Tarifgebäude wieder zerbrechen wollen. Wenn der Zimmererverband im letzten Jahre bei der Bauarbeiterbewegung so viel Geld in seiner Kasse gehabt hätte, wie er Mangel daran hatte, hätte er die ganze Tarifbewegung des Baugewerbes wieder kaputt gemacht. Die Organe des Holzarbeiter- und Malerverbandes entschuldigten sich schon gleichsam vor den Massen, daß sie noch Tarifverträge abschließen. Man wolle es nur so lange tun, bis man über die erforderliche Macht verfüge, um den Arbeitgebern die Bedingungen einseitig diktieren zu können. Man betrachtet also den Tarifvertrag lediglich als Mittel zur Macht. Mit Macht ist indes auf die Dauer keine gewerkschaftliche Ordnung, keine höhere Stufe gewerblicher Kultur herzustellen. Die christlichen Gewerkschaften werden die Tarifverträge anders. Sie sehen in den Tarifverträgen eine notwendige Folge unserer heutigen Wirtschaftsordnung. Bei der Berufs- und Betriebszählung 1907 wurde ermittelt, daß in 32 122 Großbetrieben (das sind solche, in denen mehr als 50 Personen tätig waren) 5 363 851 Personen beschäftigt waren. In Betrieben, die je mehr als 10 Personen beschäftigten, waren insgesamt 7 948 426 Personen tätig. Diese Massenarmee kann ihre Lebensinteressen (Lohnhöhe, Arbeitszeit, Behandlung zc.) nicht den verhältnismäßig wenigen Betriebsleitern allein überantworten. Hier müssen für die gemeinsamen Interessen der Lohnarbeiter allgemeine Normen vereinbart werden, die durch Tarifverträge zweckentsprechend ausgebaut werden können. Die christlichen Gewerkschaften sehen sonach in den Tarifverträgen geeignete Mittel, durch die zu gleicher Zeit eine ruhige, solide, gewerbliche Entwicklung und ein schrittweises Aufsteigen der Lohnarbeiterklasse ermöglicht wird. Nach marxistisch-sozialistischer Auffassung dagegen will man im Rahmen der gegenwärtigen Verhältnisse gar keine gewerbliche Ordnung; man erstrebt vielmehr eine vollständig neue: die sozialistische Wirtschaftsordnung. Die sozialistischen Literaten befürchten, daß die Tarifbewegung von diesen Gedanken gängen, vom revolutionären Sozialismus wegführt. Daher das ewige Mißtrauen gegen die Gewerkschaftsführer, daher die Aufpeisung der Massen gegen die angeblich revisionistischen Gewerkschaftsführer; daher das widerspruchsvolle Verhalten der sozialdemokratischen Gewerkschaften in der Tarifbewegung. Weiter gewinnen

b) die Monopolbestrebungen in der Tarifbewegung immer mehr an Boden. Sie gipfeln darin, daß Arbeitgeber nur mehr Arbeiter beschäftigen dürfen, die bestimmten Verbänden angehören, während die Mitglieder dieser Verbände nur mehr bei organisierten Arbeitgebern Arbeit annehmen dürfen. Dazu kommt noch, daß man in steigendem Maße den Arbeitsnachweis als Bestandteil in die Tarife einbeziehen will. Diese Bestrebungen müssen die christlichen Gewerkschaften sehr genau verfolgen und ihnen gegenüber die Lager offen halten. Sonst wird schließlich der Arbeitsnachweis zum Monopol der sozialdemokratischen Mehrheitsorganisationen. Mit dem Schlagwort „paritätisch“ dürfen wir uns nicht blenden lassen. Den Arbeitgebern fehlen ja meist Zeit und Kräfte, um in diesen „paritätischen“

„tätigen“ Arbeitsnachweisen eine einwandfreie Stellenvermittlungspraxis zu gewährleisten.

c) Drängen die Unternehmer immer mehr auf einheitliche Ablaufstermine der Tarife. Im vergangenen Jahre liefen für 800 000 Bauarbeiter zu gleicher Zeit die Verträge ab. Das ist schließlich erst der Anfang der Entwicklung. Später werden wir für die Tarife der verschiedensten Berufe zu einheitlichen Ablaufsterminen gelangen. Dahin drängen schon die Arbeitgeberverbände. Diese Entwicklung kann durch die Gewerkschaftsbewegung verlangsamt werden. Ganz aufzuhalten ist sie kaum. Schließlich stehen dann an einem Tage eine Million und mehr Arbeiter vor Tarifkämpfen. Wir müssen daher nach Mitteln suchen, wie unter diesen schwierigen Umständen trotzdem noch Erfolge für die Arbeiter herauszuholen sind. Neben gefüllten Gewerkschaftskassen kommt es bei solchen Massenkämpfen auch auf den öffentlichen Einfluß der kämpfenden Parteien an. Nach sozialdemokratischer Methode, die sich im öffentlichen Leben außerhalb des Gegenwartstaates, außerhalb der schaffenden Welt stellt, verschafft man sich keinen gesellschaftlichen Einfluß.

Zum Schluß erörtert Redner die Aufgaben, die aus dieser Situation der christlichen Gewerkschaftsbewegung entstehen. Da sind zunächst die breitesten Arbeitermassen mit diesen Gedankenfragen vertraut zu machen; weiter ist den sozialdemokratischen Gewerkschaften, die mit der Sozialdemokratie ein sein wollen; die doktrinaire, die gegenwärtige Arbeitergeneration schädigende Politik der Sozialdemokratie zur Last zu legen. Die agitatorischen Vorteile, die den sozialdemokratischen Gewerkschaften durch das Zusammenarbeiten mit der politischen Sozialdemokratie entstehen, wegen den mangelnden Einfluß nicht auf, der sich als Folge dieser engen Verbrüderung für die sozialdemokratischen Gewerkschaften ergibt. Weiter müssen wir mit allem Nachdruck unsere Verbände stärken. Durch die christliche Arbeiterbewegung muß der blutrünstige sozialdemokratische Sozialismus einestheils und das antisoziale Scharfmachertum im Arbeitgeberlager andernteils in Schwach gehalten werden. Je mehr die christlichen Gewerkschaften Massenbewegung werden, um so besser gelingt ihnen diese Aufgabe als Regulator der deutschen Arbeiterbewegung.

### Der christl. Holzarbeiterverband der Schweiz

hielt am 18. und 19. März im „Neuwiesenhof“ zu Winterthur“ seinen ordentlichen 8. Verbandstag ab. In seiner Eröffnungsansprache konnte der Vorsitzende Kollege Müller mit Recht auf die außerordentliche Bedeutung des diesjährigen Verbandstages hinweisen. Wichtige und notwendige Reformen harrten der Erledigung und Zentralvorstand wie Mitglieder sahen einer befriedigenden Lösung mit Spannung entgegen. Als Gäste konnten zu Beginn der Verhandlungen begrüßt werden vom Gewerkschaftsbund der Schweiz Redakteur Kollege Brielmaier und Arbeitersekretär Landert. Als Vertreter des Zentralverbandes christl. Holzarbeiter Deutschlands nahm an Stelle des durch wichtige Verbandsgeschäfte verhinderten Zentralvorsitzenden, Kollege Kuntzeid, Kollege Schmitz-Freiburg an den Verhandlungen teil. Redakteur Brielmaier überbrachte die Grüße des Gewerkschaftsbundes, während Kollege Schmitz auf die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Bruderverbände hinweisend, die Grüße und Wünsche des deutschen Verbandes einbot.

Nach Erledigung geschäftsordnungsmäßiger Angelegenheiten wurden zunächst die Jahresberichte erläutert. Dieselben ließen eine umfangreiche Tätigkeit zur Durchführung der gewerkschaftlichen Aufgaben und zur Wahrung der Interessen der Mitglieder erkennen. Das Jahr 1909 brachte durch die Beitragserhöhung und durch die nicht günstigen wirtschaftlichen Verhältnisse in der Mitgliederbewegung einen kleinen Rückschlag, während das Jahr 1910 mit einer erfreulichen Mitgliederzunahme abschloß. Den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend war denn auch die gewerkschaftliche Tätigkeit in den beiden Jahren. Neben der Entfaltung der äußeren Tätigkeit mußte in der Berichtszeit in großem Umfang der inneren Verwaltungs-Reform Rechnung getragen werden. Schreiber dieses hat den Eindruck gewonnen, als wenn gerade durch die Behebung innerer Schwierigkeiten bedeutend mehr Kräfte abstrahiert wurden, als nötig gewesen wäre. Wie jedoch nach einem Gewitter die Luft klar und rein wird, so darf auch hier erwartet werden, daß nunmehr dauernd gesunde und geordnete Verhältnisse Platz greifen. Die Verhandlungen des ganzen Verbandstages haben bewiesen, daß die Delegierten sehr entschlossen sind, an der Verbesserung des gesamten Verwaltungsapparates mitzuarbeiten. Hoherrenliche Momente herrschten die Jahresberichte ebenfalls. So haben während der Berichtszeit eine Anzahl Sektionen namhafte Summen von der Lokalfasse der Zentrale überwiesen. Einzelne Sektionen bis zu 1000 Fr., gewiss Zeichen gesunden gewerkschaftlichen Geistes. Den Jahresberichten folgte eine gesunde, fruchtbringende Diskussion. Werden die herbeigeholten Momente und die verschiedensten Anregungen berücksichtigt, so kann dies nur dem Interesse des Verbandes dienen.

Zu einer wichtigen Angelegenheit entwickelte sich die Erledigung der „Sekretariatsfrage“. Die zahlreichen Kämpfe, welche der Verband in den letzten Jahren geführt hat, wirkten auf die Finanzlage des Verbandes naturgemäß ungünstig ein. Deshalb hatte man sich zu dem angestrebten Austrage verhalten lassen, das Sekretariat vorübergehend anzufassen. Die Diskussion zu diesem Punkte zeigte sich äußerst lebhaft, so daß der Sekretär die bereits früher eingereichte Demission anstrebt zu erhalten sich gezwungen sah. Das Sekretariat soll jedoch neu besetzt werden.

Der Erledigung dieses weniger erfreulichen Punktes folgte dann die Beratung der gehaltenen Anträge. Auch hier trat denn wiederum ein außerordentlich gesunder, gewerkschaftlicher Geist zutage. Mit großer Einmütigkeit wurde die Erhöhung des Beitrages von 40 auf 50 Fr. beschlossen und eine weitere Befähigung der Zentralfasse durch Erhöhung der Unterstützungen abgelehnt, mit Ausnahme der Arbeitslosenunterstützung, für die eine weitere Staffel eingeführt wurde.

Die übrigen Anträge betrafen meistens organisatorische und agitatorische Fragen, sowie das Gewerkschaftsorgan. Beim letzten Punkt der Tagesordnung „Verschiedenes“ wurden dann noch verschiedene Anregungen gegeben. Kollege Schmitz warf einen Rückblick auf die Tagung, und empfahl den Delegierten für die rechte Durchführung der gefassten Beschlüsse und Verwertung der gegebenen Anregungen Sorge zu tragen. Begeistert stimmte die Versammlung, die nunmehr von zahlreichen christl. Arbeitern Winterthurs besucht war, in das dreifache Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz und des christl. Holzarbeiterverbandes ein. Mit Dankesworten an alle Delegierten und Gäste schloß der Vorsitzende den Verbandstag.



## Jahresberichte der Verbandssekretariate

pro 1910.

### Bezirkssekretariat Danzig.

Das Jahr 1910 war für eine Reihe von Zahlstellen des Bezirks reich an Kämpfen und Erfolgen. Gleich im Januar konnte für die Kollegen von Gnesen ein Tarifvertrag abgeschlossen werden, ohne daß es zur Arbeitseinstellung gekommen wäre. Ebenso konnte für Danzig und Poppo ohne Kampf das Tarifverhältnis neu geregelt werden. In Allenstein und Schönlanke dagegen kam erst nach nochlangem Streit ein Vertrag zustande. Ueber die Kämpfe ist ja im Verbandsorgan zur Genüge berichtet, so daß darauf verzichtet werden kann, noch einmal darauf zurückzugreifen. In Sagorisch maßregelte der Stuhlfabrikant Hüttner, welcher gleichzeitig Gemeindevorsteher ist, fünf Mitglieder des Vorstandes und kam es vor Weihnachten zur Arbeitseinstellung. Der Kampf war am 1. Januar noch nicht beendet. In Gzerst schweben schon seit längerer Zeit Verhandlungen mit der Firma Schütt zwecks Abschluß eines Vertrags für die Möbelfabrik. Da aber eine Aenderung des Fabrikationszweiges vorgenommen wurde, konnten die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gebracht werden.

Da im allgemeinen die Konjunktur im ganzen Verbandsbezirk nicht günstig war, konnte wenig an der Neugründung von Zahlstellen gearbeitet werden. Es wurde nur die Zahlstelle Sagorisch errichtet und eine Sektion der Tapezierer in Danzig gebildet, welche sich ganz gut entwickelt. Eine besonders gute Entwicklung haben die Zahlstellen Danzig, Allenstein und Schönlanke zu verzeichnen. Hier führen rührige Vorstandsmitglieder die Geschäfte und geht es deshalb auch vorwärts. Besonders hat es sich die Zahlstelle Danzig zur Aufgabe gestellt, ihre Mitglieder durch verschiedene Einrichtungen zu unterstützen. So ist unter anderm auf dem Büro ein Arbeitsnachweis eingerichtet, welcher jeden Abend von 7—8 Uhr geöffnet ist. Ein Kollege erledigt da die laufenden Geschäfte. Regelmäßige Vorstandssitzungen und Vertrauensmänner-Konferenzen werden dort abgehalten. So müßte es überall sein.

Die Mitgliederzahl konnte um 79 vermehrt werden. Dieser geringe Erfolg kann uns nun ja nicht befriedigen, liegt aber in den hiesigen Verhältnissen begründet. In einer Anzahl von Orten sind Einzelmitglieder vorhanden, und wenn diese etwas mitarbeiten, wird es möglich sein, dort noch im ersten Halbjahr 1911 Ortsgruppen zu gründen.

Seit dem letzten Verbandstage ist die Bezirksenteilung vorgenommen, welche jedoch nur im Allensteiner Bezirk Erfolg gebracht hat. Hoffentlich ändert sich das in den andern zwei Bezirken auch bald.

Auf zwei Bezirkskonferenzen wurde zur Frage der Agitation Stellung genommen. Leider glauben eine Anzahl Delegierte damit genug zu tun, wenn sie auf der Konferenz schöne Worte reden, denen die Laten nicht zu folgen brauchen. Viel zu viel wird auch noch immer verlangt, daß der Bezirksbeamte in jeder Mitgliederversammlung sein soll. Das muß anders werden. Da die Versammlungen alle nur Sonntags und Sonntags stattfinden, ist es ein Un Ding, immer dort zu sein, da nur die Sonntage hier geeignet sind, in neue Lade einzubringen. Man helfe sich also etwas selbst in den Mitgliederversammlungen.

Vom Unterzeichneten wurden im vergangenen Jahre an 192 Tagen Bahnfahrten gemacht, welche selten unter 4 bis 5 Stunden dauern. In 82 Mitgliederversammlungen wurden vom Sekretär Vorträge gehalten. An Verhandlungen, Vorstandssitzungen und Konferenzen nahm derselbe 93 mal teil. Nicht eingerechnet sind die Beratungen und Sitzungen, an denen teilgenommen wurde außerhalb der Gewerkschaftsbewegung, wo es aber galt, die Sache der Arbeiterschaft zu vertreten.

Die Korrespondenz war eine lebhaft, nur wäre zu wünschen, daß einzelne Zahlstellenvorsitzende etwas schneller Antwort gäben.

Auch im vergangenen Jahre mußten eine ganze Anzahl Verurteilungs- und Klageschriften angefertigt werden, sei es in Urteilen, Unfalls- oder Gewerbegerichtssachen. Viermal mußte das Amtsgericht in Anspruch genommen werden, um den Kollegen ihren Lohn zu verschaffen. Leider hatten es die Kollegen vielfach nicht für nötig, über den Ausgang der Sache zu berichten. So wurden für einen Unfallverletzten mehrere hundert Mark herausgeholt, ohne daß es zu einer Antwort kam.

Das Leibebedürfnis bessert sich bei den Mitgliedern und konnte für circa 60 Mark Bücher und Broschüren abgesetzt werden, ohne diejenigen, welche von den Zahlstellen selbst bezogen wurden.

Circa 3000 Flugblätter wurden auf dem Sekretariat hergestellt und versandt, während in monatlichen Rundschreiben den Ortsverwaltungen neue Anregungen gegeben wurden.

Ein langwieriger Prozeß, über den des öfteren im „Holzarbeiter“ Mitteilung gemacht wurde, war von der Staats-

anwaltschaft in Königs gegen den Unterzeichneten eingeleitet. Der Prozeß endete mit wiederholter Freisprechung.

Allen Kollegen, die rührig mitgearbeitet haben an dem Ausbau des Verbandes, den besten Dank. Gleichzeitig die Bitte, auch in Zukunft mitzuhelfen. Diejenigen Kollegen, die bisher sich nur wenig oder garnicht rührten, mögen endlich auch mitarbeiten. Geschickt das, dann wird die Entwicklung des Verbandes im Osten Deutschlands sicherlich weitere Fortschritte machen.

Paul Schopohl.

### Lokalsekretariat Berlin.

Das Jahr 1910 stand am Anfang unter dem Eindruck der großen Tarifbewegung. Etwa 20 000 Holzarbeiter in 2000 Betrieben im Groß-Berliner Gebiet kamen bei der Bewegung in Betracht. Damit wurde zum erstenmal im Groß-Berliner Gebiet eine Einheitlichkeit im Vertragswesen geschaffen, da die Arbeitszeit, welche für Berlin in der vorigen Vertragsperiode schon 51 Stunden betrug, jetzt allgemein festgelegt ist. Des Weiteren wurde eine 5%ige Lohnerhöhung für Lohn- und Akkordarbeit ab 1. Oktober 1910 erzielt. Auch wurde der Arbeitsnachweis für das ganze Vertragsgebiet zum erstenmal obligatorisch eingeführt. Ob sich der letztere Modus bewähren wird, steht noch dahin. Gegenwärtig sind weder die Arbeitgeber noch die Arbeitnehmer damit zufrieden; Hindernis zur Sprengung des obligatorischen Arbeitsnachweises ist genug vorhanden.

Ein nennenswerter Konjunkturausschlag ist gegenüber dem Vorjahr im Sekretariatsgebiet nicht eingetreten. Ueber die auswärtige Konkurrenz wird viel geklagt. Wenn diese vorhanden ist, dann dürfte das im wesentlichen eine Folge der Ausperrung vom Jahre 1907 sein. In neuerer Zeit tritt noch ein Kampf zwischen Tischlermeistern und Möbelfachlern in die Erscheinung, der ebenfalls dem Berliner Holzgewerbe nicht förderlich ist. Die Sympathie der Berliner Kollegen ist bei diesem Kampfe auf Seiten der Tischlermeister.

Wie sehr die Vertragskontrahenten bestrebt sind, die vertraglichen Vereinbarungen durchzuführen und einzuhalten, dafür liefert die Arbeit der Schlichtungskommission den besten Beweis. In Abständen von 14 Tagen bis 8 Wochen findet jeweils ein Schlichtungskommissions-Sitzung statt, in welcher durchschnittlich 20—26 Differenzpunkte auf der Tagesordnung stehen.

In der Zahlstelle ist auch für das letzte Jahr ein Fortschritt zu verzeichnen; das Wachstum ist zwar langsam aber beständig. Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 250. Aufgenommen wurden in der Berichtszeit 87 Kollegen, Uebertritte aus anderen Verbänden waren 16 zu verzeichnen, zugereist kamen 60 Mitglieder. Der Zugang beträgt somit insgesamt 163. Dem gegenüber steht folgender Abgang: abgereist 59, ausgeschlossen wegen restierender Beiträge 44, sonstiger Abgang 39; insgesamt 142 Mitglieder. Mühsam war der Mitgliederbestand am 31. Dez. 1910 271.

Der Kassenbestand betrug am 31. Dezember 1910 2557,70 Mk. (1909 1725,55 Mk.) Hierbei ist zu bemerken, daß während der Tarifbewegung im Frühjahr ein Extrabeitrag von 50 Pfg. auf die Dauer von 11 Wochen erhoben wurde. Im ganzen wurden 2085 Extrabeiträge à 50 Pfg. verkauft und 1017,50 Mk. dafür vereinnahmt. — Die gesamten Einnahmen betrugen 14011,24 Mk. Die Ausgaben waren 11458,54 Mk. Unter der Ausgaben sind vor allem zu nennen: Arbeitslosenunterstützung 2478,94 Mk. (1909 1980,88 Mk.); Krankenunterstützung 1065,20 Mk. (495,61 Mk.); Reisenunterstützung 194,00 Mk. (239,00 Mk.); Streifenunterstützung 863,95 Mk. Die Arbeitslosenunterstützung wurde an 89 Kollegen für 1415 Tage gezahlt. Die Krankenunterstützung an 87 Kollegen für 941 Tage. — Der Marktenverkauf betrug 11939 (978).

In der Geschäftsführung ist gegen das Vorjahr eine Aenderung nicht eingetreten. In der Praxis hat sich die früher erfolgte Zusammenlegung der gesamten Verwaltungsgeschäfte immer wieder als vorteilhaft erwiesen. Außer der Erledigung der täglichen Arbeit auf dem Arbeitsnachweis und dem Zahlstellenbüro nahm der Unterzeichnete im Berichtsjahre an 146 Versammlungen und Sitzungen teil. Außerdem wurden 179 persönliche Einzelbesuche gemacht.

An Postfachen gingen vom Sekretariate aus: 448 Briefe, 267 Karten, 389 Druckfachen (ohne den Zeitungsverband). Als Eingänge waren 150 Briefe, 228 Karten und 111 Druckfachen zu verzeichnen. Im Verbandsinteresse wurden fünf Reisen unternommen.

Daß auf dem Groß-Berliner Boden das Vorwärtstommen des Verbandes besonders schwer fällt, ist bekannt und braucht darüber an dieser Stelle kaum etwas gesagt werden. Alles in allem, war jedoch im letzten Jahr durch ein erfreuliches und erprießliches Zusammenarbeiten aller tätigen Kollegen ein Fortschritt zu verzeichnen. Der Arbeitseifer der Kollegen scheint Gewähr dafür zu bieten, daß es auch im Jahr 1911 vorangeht. Karl Belgelt.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer des 12. Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. März bis 28. März fällig ist.

Die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 5 Pfg. pro Woche (Gesamt-Wochenbeitrag 0,55 Mk.) erhält die Zahlstelle Eisenach.

Verloren wurde das Mitgliedsbuch 69642, auf den Namen Carl Meißner ausgestellt. Das Buch ist für ungültig erklärt.

Als Bezirkssekretär für Frankfurt a. M. wurde an Stelle des in den Dienst des Gesamtverbandes tretenden Kollegen Erving, Kollege Wilhelm Heß-Mannheim gewählt. Kollege Heß tritt den Posten am 1. April an. Von diesem Tage ab sind Sendungen an das Frankfurter Sekretariat in folgende Adresse zu senden: Wilhelm Heß, Frankfurt a. M., Schnurgasse 73<sup>2</sup>.

Der dieswöchentlichen Zeitungsendung liegen die neuen Adressenverzeichnisse bei.

**Lohnbewegung.**

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Ortsstelle jede Woche vor Verhandlungsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzufenden.

**Der Zugang ist fernzuhalten**

von  
 Schreiner und Maschinenarbeitern: Siegnitz; Kellheim i. S. Bozen (Tirol) Neu-Jensenburg (M. A. Wittich), Buer i. W. (Dörpinghaus), Sevelsberg (Möbelfabrik Martana), Danabrück.  
 Wagner und Schreiner: Rastatt. (Waggonfabrik.)  
 Maschinenmacher: Ravensburg. (S. Baur.)  
 Metzger. Berlin, Wiesbaden, Eisenach.

Die große Tarifbewegung zeigt heute wieder ein etwas leblicheres Gesicht wie in der vergangenen Woche. In Bremen und Breslau ist die Arbeit nunmehr wieder aufgenommen worden. Daß der Streik in Breslau nicht lange dauern würde, war voraus zu sehen, nachdem der Hauptvorstand des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes die Unterstützung verweigerte. Zu den erledigten Verträgen sind in der letzten Woche noch die Verträge für Herford und Detmold gekommen. In Herford erhalten die Tischler und Maschinenarbeiter am 1. April 1911 eine Lohnzulage von 2 Pfg., am 1. Juni 1912 1 Pfg., am 1. Juni 1913 1 Pfg., am 1. Oktober 1913 1 Pfg. und am 1. Juni 1914 1 Pfg. Die Löhne der Hilfsarbeiter werden mit Ausnahme des letzten Pfennigs in derselben Weise erhöht. Die Durchschnittslöhne steigen für Tischler während der Vertragsdauer auf 51 Pfg. und für Maschinenarbeiter, Packer und Montierer auf 44 Pfg. Die Arbeitszeit wird von 56 auf 54 Stunden verkürzt. Mit der Annahme dieses Vertrages dürfte auch der Streik in Herford sein Ende erreichen. Dagegen dauert der Streik in Danabrück noch an, da hier bis jetzt eine Einigung nur erst mit einer Firma, die circa 40 Gesellen beschäftigt, erzielt werden konnte.

**Tarifabschluss in Solingen-Wald.** Für das Schreinerwerk in Solingen-Wald ist Mittwoch, den 15. März, durch den Abschluss eines Tarifes auf einige Jahre der Friede gesichert worden. Der Vertrag hat Gültigkeit für die Zeit vom Mai 1911 bis zum 15. Februar 1915; wird er nicht innerhalb dieses Zeitraums verlängert, so läuft er 1 Jahr weiter. Sein Geltungsbereich soll sich erstrecken auf alle Schreinerereien in Solingen-Wald, Hühlscheid und Gräfrath. Er bringt den Gesellen eine Arbeitszeitverkürzung auf 55 Stunden die Woche; vorher 56 1/2 Stunden. Die tägliche Arbeitszeit soll 9 1/2 Stunden, an den Samstagen 8 3/4 Stunden betragen. Am 1. Mai 1912 tritt eine weitere Verkürzung um 1 Stunde ein. Die bisher gezahlten Stundenlöhne aller Arbeiter erhöhen sich während der Vertragszeit: am 1. Mai 1911, 1. Mai 1912, 1. Mai 1913 um je 2 Pfg. und am 1. Mai 1914 um 1 Pfg. Der Vertrag trifft weitere besondere Bestimmungen über die Akkordarbeit und über die Lohnzahlung; er bestimmt ferner, daß in allen Betrieben und in allen Arbeiter-Lohnbüchern eingeführt werden; regelt die Akkordarbeit außerhalb der Werkstätten, und setzt schließlich auch eine Schlichtungskommission ein zur Beilegung von Streitigkeiten, welche das Lohn- und Arbeitsverhältnis betreffen. Die Schlichtungskommission muß jedoch wenigstens ein Mal im Vierteljahre einmal zusammentreten.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

**Lippstadt.** Die am Sonntag den 12. d. Mts. abgehaltene Mitglieder-Versammlung war von ca. zwei Drittel der Kollegen besucht. Mit Freuden konstatieren wir, daß seit der letzten Generalversammlung unsere Mitgliederversammlungen besser besucht werden. Hat sich doch auch der Vorstand die Aufgabe gestellt, die Versammlungen möglichst interessant zu gestalten. Dieses zeigt schon jetzt gute Früchte, zeigt aber auch zugleich, welcher Geist noch unter den Lippstädter Kollegen herrscht. Da der Bezirksleiter Kollege Böhmke, der sein Erscheinen zu dieser Versammlung zugesagt, aber, da er an den Tarifverhandlungen in Berlin teilnehmen mußte, nicht erscheinen konnte, so hielt unser Kartell-Vorsitzender, Kollege Fromme, einen Vortrag, welche behandelte das Thema: „Die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften“, wobei er auch kurz die struppellose Agitation der Sozialdemokratie gegen die christlichen Gewerkschaften schilderte. Die rege Diskussion bewies, daß die Kollegen den Ausführungen der Referenten gut gefolgt waren. Da einige Unorganisierte erschienen zu der Versammlung zugesagt hatten, aber nicht erschienen waren, so wurde beschlossen, eine systematische Haus-zu-Haus-Arbeit vorzunehmen. Den Lippstädter Verbandskollegen sei empfohlen: Überläßt die Werbearbeit dem Vorstande nicht allein, sondern: Alle Mann an Bord! Auf zur Werbearbeit!

**Münster.** Die Firma Schipperges & Söhne, Möbelfabrik, sucht in auswärtigen Zeitungen tüchtige erstklassige Schreiner mit sehr guten Zeugnissen. Das hätte die Firma jedoch nicht notwendig. Sie brauchte nur die alten Kollegen, die von ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit entlassen wurden, wieder aufstellen und der Betrieb wäre mit tüchtigen Kräften versehen. Wird bei der Firma und darauf seien die entsprechenden Stellen wegen aufmerksamer gemacht, bei der ersten entsprechenden

nicht so sehr auf die Tüchtigkeit, sondern auf die Verbandszugehörigkeit gesehen. Fällt die Antwort nicht im vernünftigen Sinne aus, dann müßt auch die Tüchtigkeit nichts und umsonst sind die guten Zeugnisse. Am den Anträgen, die bei der Verwaltungsstelle in Düsseldorf einlaufen, gerecht zu werden, sei noch einmal mitgeteilt, daß ein 13 wöchiger Streik im Herbst vorigen Jahres in dem Betriebe ausbrach, der auf Maßregelungen zurückzuführen ist. Eine Anzahl gefälliger Arbeitswilliger, zum Teil ganz eigenartige Gesellen, hielten den Betrieb aufrecht, diese scheinen nun aber den Anforderungen nicht mehr genügen zu können, da schon ein großer Teil wieder abdampten mußte. Will die Firma Schipperges & Söhne einwandfreie und tüchtige Arbeiter haben, dann wird sie wohl eher über sich wieder mit der Organisation befreunden müssen. Mögen sich das die Kollegen, die gerne in den Gefilden Kleinenbroichs der Hofmöbelfabrik ihre Dienste anbieten wollen, zur Notiz nehmen.

**Essen.** Bei den Genossen findet der Grundsatz: „Entweder rot oder kein Brot“, immer häufiger Anwendung. Selbst in den Orten bleiben unsere Kollegen von dem roten Terror nicht verschont, wo die „Genossen“ ohne uns nichts und gar gegen uns erst recht nichts unternehmen können. Ein Terrorismusfall so offenkundig, wie wir es hier in Essen bisher nicht gewohnt waren, hat sich in der vorigen Woche ereignet. Ein zugereister Kollege fragt bei der Firma Wagerhans (Baugeschäft in der Severinstraße) um Arbeit an und wird bei der Gelegenheit auch eingestellt. Vom Werksführer nach der Organisationszugehörigkeit befragt, erklärt der Kollege, augenblicklich keiner Organisation anzugehören, jedoch sofort dem Zentralverbande christlicher Holzarbeiter beitreten zu wollen. Darauf erwiderte der Werksführer, daß alle im Betriebe beschäftigten Gesellen dem deutschen Holzarbeiterverbande angehören und legt dem Kollegen nahe, diesem ebenfalls beizutreten. In diesem Moment kommt schon ein „Genosse“ hinzu und legt einen Ausnahmeschein des roten Verbandes zum Ausfüllen vor. Der Kollege lehnte jedoch dieses Anerbieten ab und ließ sich in der Mittagspause in unsern Verband aufnehmen. Dies ging den von „Freiheit“ trisierenden „Genossen“ mit samt dem gestimmten verwandten Werksführer dermaßen gegen den Strich, daß noch am selben Tage die Entlassung des Kollegen wieder erfolgte. Dieser Streik ist um so erbärmlicher, als den vom Nachdünkel befallenen „Genossen“ bekannt war, daß der Kollege von seinem letzten zahlungsunfähigen Arbeitgeber noch circa 100 Mark rückständigen Lohn zu bekommen hatte. Wenn die „Genossen“ glauben, uns auf diesem Wege bekommen zu können, so irren sie ganz gewaltig. Auf das Konto eines solchen Vorgehens sind auch die angeleglichen vielen Uebertritte von unserm zum roten Verband zu sehen. So wurde vor einiger Zeit von an der Spitze des roten Verbandes stehenden „Genossen“ behauptet, im 3. Quartal seien 17 „Uebertritte“ zum roten Verbands erfolgt. Tatsächlich konnten wir aber auf Grund unserer Mitgliederliste nur 3 Uebertritte feststellen. Die übrigen rekrutieren sich, sofern die Zahl überhaupt zureichend ist, somit aus zugereisten Kollegen, die sich auf sogenannte „Bruchbüden“, wo in der Hauptsache die „Genossen“ dominierten, verlaufen haben und sind dann ganz einfach zum Uebertritt ins rote Lager gezwungen. Diese Vorgänge sollten unsern Kollegen zu denken geben. Wie wäre es, wenn der Spieß einmal umgedreht würde? Es ist kaum zu glauben, daß die hiesigen „Genossen“ bei dem gegenseitigen Stärkeverhältnis es wagen, zu derartigen Mitteln zu greifen. Solche Vorkommnisse sind sicherlich nicht dazu angetan, das bisherige gegenseitige leibliche Verhältnis zwischen den beiden Organisationen weiterhin aufrecht zu halten. Wir waren in diesem Falle, da die ganze Geschichte gewissermaßen vom Werksführer inszeniert war, machtlos, um uns zur Wehr setzen zu können. Mögen die „Genossen“ sich nur hüten, solche „Uebertritteversuche“ einmal an der verkehrten Adresse zu erproben.

Bei der Firma Schmeß und Diepenbrock in Altenessen hat inzwischen ein weiterer ehemaliger Arbeitswilliger das Feld seiner ehrbaren Tätigkeit räumen müssen. Diesmal hat das Schicksal das Oberhaupt der damaligen Arbeitswilligenkolonne, Goldmann, getroffen. Goldmann war es, der die ruhig ihres Weges gehenden Streikposten fast täglich provozierte. Goldmann war es auch, der seinerzeit die Feststellung der Personalien unseres Kollegen Rüst durch einen Polizeibeamten veranlaßte, offenbar in der Absicht, diesen ein Strafmandat aufzuhalsen. Diese Absicht ihm ja nun nicht gelungen. Bei derselben Gelegenheit verfuhr auch Herr Schmeß jen. den Kollegen Rüst herein zu legen. Beabsichtigt hatten Goldmann und Herr Schmeß jedenfalls, die polizeiliche Abführung von der Stelle weg zu erzielen. Dieser fromme Wunsch ist den Beiden dank der besseren Einsicht des Polizeibeamten nicht gelungen. Heute denkt Herr Schmeß ganz gewiß anders über seinen eh. magen Schlingling. Derselbe Goldmann rühmt sich heute nämlich, den alten Herrn Schmeß eigenhändig die Werkstätte hinausgeworfen zu haben. Selbstverständlich ist Goldmann direkt hinterdrein und zwar aufs Straßenpflaster geflogen. Hoffentlich trägt auch dies neueste Vorkommnis mit dazu bei, daß die Firma Schmeß und Diepenbrock in absehbarer Zeit wieder geregelte Arbeitsverhältnisse in ihrem Betriebe durch einen Tarifabschluss schafft. Nur dann erst ist ihr die Gewähr gegeben, wieder einen alten Stamm erfahrener Arbeiter zu bekommen, ohne den nun einmal ein solcher Betrieb dauernd gar nichts auskommen kann.

**Schramberg.** Im neuen Jahr neues Leben! So lautete die Parole in unserer letzten Generalversammlung. Die Kollegen haben es bisher so gehalten. In den letzten Jahren konnte die Mitgliederzahl nicht befriedigen. Das hatte zum Teil seine guten Gründe; einerseits die Krise, welche sich bei uns stark bemerkbar machte und auf der anderen Seite die örtlichen Verhältnisse, die uns die Agitation erschwerten. Nun sind die beiden Gründe so ziemlich hinfällig und hat ein neuer Geist seinen Einzug gehalten. Besonders sind es die Kollegen in der Möbelindustrie, welche alles aufbieten für unsere Sache. Das ist den „Genossen“ höchst un bequem, denn mit allen möglichen Phrasen und Rätseln suchen sie uns zu verächtigen und die Kollegen vom Verbande abzuhalten. Das schreit uns nicht ab, im Gegenteil, desto intensiver betreiben wir die Agitation und sorgen für Aufklärung. Wenn die „Genossen“ glauben, durch Verleumdung und Verdächtigungen könnten sie uns schaden, dann sind sie auf dem Holzweg. Dafür sprechen am besten die Aufnahmen, die wir gemacht haben. Kollegen, nur so weiter gearbeitet, dann werden die „Genossen“ sehen, daß ihre Säume auch hier nicht in den Himmel wachsen. Kollegen insgesamt! Sehen wir unermüdet fort, was wir begonnen, dann werden wir auch hier am Orte eine beachtenswerte Position erringen.

**Krankengeldzuschußkasse.**

Neue Mitglieder wurden aufgenommen in den Verwaltungsstellen:  
 Lippstadt, Frankfurt, Wiesbaden, Düsseldorf, Köln, Ehrenfeld, Cuxen, Bochum, Mannheim,

Strasbourg, Fürth, Köln, Freiburg, Danzig, Coesfeld, Karlsruhe, Heilbronn, Wien und Delft.  
 Weitere Neuaufnahmen wurden aus einer Reihe von Zahlstellen gemeldet. Die dortigen Kollegen werden sich jedoch zuerst noch der ärztlichen Untersuchung unterziehen. Die Kollegen allerorts wollen für die Krankenkasse neue Mitglieder werden. Bis zum 1. April wird allen, die sich zwecks Aufnahme in die Kasse beim Arzt untersuchen lassen, die Hälfte der ärztlichen Untersuchungskosten zurückvergütet.

Neue Verwaltungsstellen mögen folgendes beachten: Sobald sich eine Anzahl Kollegen zur Aufnahme in die Krankenkasse gemeldet haben, wird von diesen in Verbindung mit der Ortsverwaltung ein Kollege bestimmt, der die Kassengeschäfte führen soll.

Der Kassierer setzt sich dann mit einem Arzt in Verbindung, der die Untersuchung der Kollegen übernimmt. Mit dem Arzt ist die Zeit, wo die Untersuchungen stattfinden sollen, zu vereinbaren, ebenso soll man sich mit demselben über die Höhe des Honorars verständigen. Es ist nur ein Arzt zu bestimmen, der dann als Vertrauensarzt den Mitgliedern bekannt zu geben ist.

Die Aufnahmescheine sind genau und wahrheitsgetreu auszufüllen. Auf der Rückseite des Aufnahmeformulars gibt der Arzt sein Gutachten ab.

Sämtliche ausgefüllten Aufnahmescheine, auch vollgeklebte Bücher sind an die Zentrale zum Ausstellen der Bücher zu senden. Nur die Zentrale stellt bei der Krankenkasse Bücher aus.

Sobald die erforderliche Anzahl Mitglieder zusammen sind, überbringt die Zentrale das Material zur Gründung und Verwaltung der Verwaltungsstelle.

Wenn aus solchen Orten, wo keine Verwaltungsstelle der Krankenkasse besteht, einzelne Kollegen in die Kasse eintreten wollen, so müssen sie sich ebenfalls ärztlich untersuchen lassen und ihren Aufnahmeschein nach Köln senden. Die Beiträge sind per Zahlkarte (also für das Mitglied kostenlos) der Zentrale von Zeit zu Zeit einzufenden. Erkrankt ein Einzelmitglied, so sendet es sein Mitgliedsbuch und eine Bescheinigung des Arztes oder einer Zwangsstrankenkasse über die Dauer der Krankheit an die Zentrale. Das Krankengeld wird ihm dann zugesandt.

Die Kassierer der örtlichen Verwaltungsstellen müssen sich ebenfalls von den erkrankten Kollegen eine ärztliche oder eine Bescheinigung der Zwangsstrankenkasse (Orts-, Betriebs- u. c.) Krankenkassen über die Dauer der Krankheit vorlegen lassen. Wenn die Ärzte für solche Bescheinigungen Gebühren verlangen, so ist hiervon der Zentrale Mitteilung zu machen und entsprechend deren Anweisung zu handeln.

Bei der Vierteljahrsabrechnung sind stets für alle Krankengelder die Belege mit einzufenden.

Streng muß darauf geachtet werden, daß Verbands- und Krankenkassengelder getrennt gehalten werden. Auch bei den Vierteljahrsabrechnungen dürfen niemals Verbands- und Krankenkassengelder ineinander aufgerechnet werden. Wenn das am Ort liegende Geld der Krankenkasse zum Auszahlen des Krankengeldes nicht reicht, so soll der Kassierer zeitig von der Zentrale Vorstoß verlangen, niemals jedoch Verbandsgehälter für die Krankenkasse verwenden.

Wenn Verbands- und Krankenkassengelder zusammen auf einer Zahlkarte abgeschickt werden, so ist auf der Zahlkarte genau zu vermerken, welcher Betrag auf die Krankenkasse und welcher auf die Verbandskasse entfällt.

In Zweifelsfällen lese man das Statut genau durch und wende sich evtl. an die Zentrale, Köln, Palmstr. 14.

**Sterbetafel.**

Jacob Luis, Schreiner, gestorben zu Herdingen. Ruhe in Frieden!

**Gewerkschaftliches.**

**St. Terroristen — dann Heulmeier.**

Wir berichteten in der letzten Nummer des „Holzarbeiter“, daß bei der Firma Pauly, Möbelfabrik in Köln, die „Genossen“ in den Streik eingetreten seien, um die Entlassung eines dort seit kurzem beschäftigten Mitgliedes unseres Verbandes zu erzwingen. Heute können wir melden, daß die so kampfesmutigen Gelben gründlich hereingefallen sind.

Nachdem am Samstag den 11. März die Kommission des „Genossen“ beim Arbeitgeber die Entlassung unseres Kollegen verlangt hatte, konnte die Zahlstelle Köln die Antwort auf eine eventuelle Arbeitsniederlegung der „Genossen“ vorbereiten. Am Montag den 13. März wurde der Streik perfekt. 53 Mitglieder des roten Verbandes hatten den Betrieb verlassen. Am Dienstag früh waren bereits ca. 20 Mitglieder unseres Verbandes am arbeiten. Das wirkte auf die „Genossen“ sehr ernüchternd. Und als sie vernahmen, daß am folgenden Morgen weitere 20 Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter in den Betrieb hineintrücken würden, da kam die Angst. So kuragierte die Gelben am Samstag und Montag waren, so keimlaut wurden sie jetzt. Was nur laufen und flennen konnte, wurde aufgeboten, um Herrn Pauly zu beeinflussen, doch nur ja „seine alten Leute“ wieder einzustellen. Wohl noch nie hat „Genosse“ Schulz, der Lokalbeamte der Kölner Zahlstelle des roten Verbandes, einen unangenehmeren Aufstrich zu erlebigen gehabt, wie dieses Mal. Die Suppe, die seine überraschlichen „Genossen“ sich eingebrockt hatten, sollte er ausblöffeln. Er tat's und jammerte und flehte, daß Herr Pauly doch „seine alten Leute“ wieder einstellen möchte. Zum Teil wären diese 30 und mehr Jahre im Betrieb und würden sie, wenn es hieß, daß sie von Pauly kämen, nirgends wieder eingestellt. Verteidigen konnte Schulz das Verhalten seiner „Genossen“ natürlich nicht und so mußte er sich dazu bequemen, für die begangene Dummheit um „gut Wäter“ zu bitten. Aber nicht nur „Genosse“ Schulz hat und flehte. Nachdem die „Genossen“ ihren Beschluß gefaßt hatten, fanden sich gleich einige bereit, dem Arbeitgeber zu erklären, daß sie nicht mitmachen würden. Als sie aber, trotz ihrer Beteuerungen, mit in den Streik traten und dann sahen, was ihnen blühte, da wurde es ihnen erst recht angst und bange. Mit viel Seufzern wurde angehalten, daß sie doch ja wieder in den Betrieb hineintrücken. Nicht genug damit, daß Schulz und seine Ehrengarde büketen und bettelten — auch die Frauen der Gelben traten in Aktion. Was sollte nun der Arbeitgeber anfangen? Waren es auch ruppige Gesellen, die bisher seinen Betrieb bevölkerten und paßte ihm auch ihr Vorgehen nicht — er ließ sich erweichen! Meistens ältere Leute, Familienmütter, denen es in Wirklichkeit sehr schwer hielt in Köln anderweitig passende

Arbeit zu bekommen, Leute, die mit ihm im Betrieb aufgewachsen waren, nun so herb zu strafen, das erschien Herrn Pauly noch all dem Jammern und Wehklagen doch zu weitgehend. Und er entschloß sich, sie wieder einzustellen unter der Bedingung, daß 1. der Vertrauensmann der „Rolle Korah“, Beder, als entlassen gelten, 2. der Christliche, um den der Kampf entstand, im Betriebe bleibe und daß 3. die christlich-organisierten Schreiner, die fortan beschäftigt würden, in Ruhe gelassen werden müssen. Wer sich dem nicht füge, komme unweigerlich zur Entlassung. Auf diese Bedingungen gingen die so erst siegesbewußten „Genossen“ ein und war damit ihre Niederlage besiegelt. Das Ziel, das sie sich gesteckt, haben sie nicht erreicht.

Unsere Kollegen haben, bis auf zwei, den „Kriegsschauplatz“ wieder verlassen. Gewiß hätte mancher lieber gesehen, wenn die „Genossen“ noch einige Wochen draußen geblieben wären, damit sie an ihrem eigenen Leibe verspüren konnten, wie es christlich-organisierten Arbeitern zumute ist, wenn sie und ihre Familien durch sozialdemokratische Terroristen brotlos gemacht werden. Doch Herr Pauly hielt die „Genossen“ durch die ausgestandene Angst für genug gestraft. Unsere Kollegen, die je einen Tag gearbeitet hatten, erhielten als Entschädigung je 15 Mark und waren damit den „Genossen“ die Pforten des Betriebes wieder geöffnet. Ob sie nun ihr Versprechen halten und mit unseren Kollegen in Ruhe und Frieden leben, muß die Zeit lehren. Vorläufig sieht es aus, als ob sie noch nicht von ihren terroristischen Mährchen lassen könnten. Einem unserer bei Pauly beschäftigten Kollegen kam einiges Werkzeug sowie ein paar Schuhe fort. Das kann natürlich nichts anderes sein als ein Raubstück. Sonderbarerweise fanden sich die fortgenommenen Sachen dann in den Spänen wieder, als in einer Werkstattdarstellung ein einflußreicher „Genosse“ den übrigen den „Kopf gewaschen“ hatte. Von einer besseren Seite zeigten sich die „Genossen“, als ihr entlassener Vertrauensmann Beder unseren Kollegen am helllichten Tage ohne die Veranlassung überfiel. Durch ihr Eingreifen wurde Schlimmeres verhindert. Es ist übrigens bezeichnend für sozialdemokratische Anschauungen, daß es jüst Beder war, der die Entlassung unseres Kollegen verlangte. Nun, da er selbst anstelle unseres Kollegen das Feld räumen mußte, glaubt er sich die Freiheit nehmen zu dürfen, im Faustkampfe „sein Recht“ zu verschaffen. Es wird zu überlegen sein, ob dieser „Mustergewerkschaftler“ nicht dem Staatsanwalt zu überliefern ist. Personen, die so handeln wie er, verdienen nichts Besseres.

Trotz der so klaren Sachlage wird in der sozial. „Rheinischen Zeitung“ der Nachweis zu führen versucht, daß den „Genossen“ im Pauly'schen Betriebe Unrecht geschehen ist, und der Zentralverband christlicher Holzarbeiter einen Heimfall erlebt habe. Die Schreiberei in der „Rheinischen“ bewirkt so recht, welchen Dankschuld die Führer der sozial. Gewerkschaften vor ihren radikalisierten Mitgliedern nachgeben müssen. Vermuten wir als Schreiber doch niemand anders als den Sozialbeamten „Genossen“ Schulz. Er, der für seine Mitglieder mit „Engelzungen“ redete und sie von der „begangenen Dummheit“ reinzuwaschen versuchte, übernimmt es, die „sozialdemokratische Dummheit“ über den Herzgang der Dinge irrezuführen. Er schreibt, daß „mit keiner Silbe die Entlassung des christlich-organisierten Kollegen gefordert“ worden sei. Wohl habe eine Aussprache über verschiedene Vorkommnisse im Betrieb zwischen Beamtragten der Arbeiterkammer und dem Betriebsinhaber stattgefunden, wobei allerdings, vielleicht auch in wenig geschickter Form, darauf hingewiesen wurde, daß ein leidliches Zusammenarbeiten mit dem Christlichen nicht möglich sei. Das soll alles sein, was vorgekommen. Das Schreiben zeigt wiederum die Kunst des Betrübens der „Genossen“. Gegenüber dieser Verleumdung der „Rheinischen Zeitung“ hat Herr Pauly unserm Verbandsvertreter die bestimmte Erklärung abgegeben, daß am Samstag den 11. März, die vorfällig gewordene Kommission nichts anderes verlangt und aber weiter nichts geredet habe, als über die Entlassung des Christlichen. Die Meldung der „Rheinischen Zeitung“ sei Schwindel. Von dieser seiner Erklärung könne öffentlich Gebrauch gemacht werden. — Mag sich „Genosse“ Schulz nun mit Herrn Pauly auseinandersetzen. Die Beschlagen des Herrn Pauly werden noch unterstützt durch das Bessers seiner Familienangehörigen.

Wenn in der „Rhein. Ztg.“ darauf hingewiesen wird, der christliche Verband habe Herrn Pauly zu bestimmen versucht, seine Leute zu entlassen, so entspricht das nicht den Tatsachen. Es ist hingegen selbstverständlich, daß dort wo von sozial. Seite die Entlassung unserer Mitglieder verlangt und der Streik problematisiert wird, wir die Betriebe verlassen. Etwas anderes kann es in solchen Fällen gar nicht geben, oder es sei denn, daß besondere Verhältnisse von dieser Art abzuweichen heißen. Die Regel wird die Befreiung des Betriebes bleiben. Wo aber die Entlassung wegen Jugendlosigkeit zu unserem Verbände gefordert und auch durchgeführt wird, ohne daß wir uns groß zur Wehr setzen, da wird den Leuten kann etwas anderes blühen als die Auslieferung an die Staatsanwaltschaft. Mögen sich das die „Genossen“, die in der letzten politischen Versammlung von Göttingen gepredigt werden, hinst zu Dänen schreiben.

Unserer ist auch die Behauptung in der „Rheinischen Zeitung“, daß Herr Pauly vorgeredet worden sei, über seinen Betrieb sei bereits die Exekute verhängt und der Streik beschlossene Sache. Von unserer Seite ist so etwas nie behauptet worden. Wahr ist hingegen, daß Herr Pauly erklärt wurde, falls die „Genossen“ wegen der Nichterfüllung unserer Kollegen den Ausstand beschließen würden, erhalte er Schreiner von unserem Verbände gestellt. Für jeden rechtlich denkenden Menschen war das Botschafter unseres Verbandes nur eine Selbstverständlichkeit.

Es entspricht weiter nicht den Tatsachen, wenn gesagt wird, Herr Pauly habe unsere Kollegen beschuldigt wieder entlassen, weil sie in der Arbeitsleistung qualitativ minderwertig seien. Recht unangenehm ist die Behauptung, die Eigenheit als christlicher Gesellenkammer bedingt noch lange keine transparenz Arbeitskraft. Demgegenüber stellen wir nur fest, daß die meisten unserer Verbandsmitglieder in Eöln (an anderen Orten ist es vielfach ebenso) in Betrieben tätig sind, die bessere Arbeiter beschäftigen. Ja über qualitative Arbeitsleistung können sich unsere Kollegen recht gut von den Radikalen im sozialdemokratischen Lager überzeugen lassen. Ist der „Genosse“ etwa ein Vergleich möglich zwischen dem Betrieben, wo unsere und ihre Mitglieder beschäftigt sind? Nicht einmal wege Beder, deren Rolle bis zum letzten auf der Bauplatz prägnant werden, sollen unsere Kollegen zusammengebracht werden? „Genosse“ Schulz ist eine besonders hohe Meinung vom Schreinerberufe zu haben. Das seine Verbandsmitglieder bei Pauly leihen, wäre von unseren Kollegen höchst unangenehm zu sehen. Nichts ist noch mehr, wenn man in Betrachtung zieht, daß der Herr Holzarbeiter, wie er im Betriebe an der Tagesordnung ist, keinmal die Bauplatzbesuche haben kann.

Kollegen hatten im Betriebe das eigenartige Vergnügen, konstatieren zu können, wie Theorie und Praxis in der Sozialdemokratie zwei verschiedene Dinge sind. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ fordert unentwegt zum Schnapsboykott auf, die Holzgenossen bei Pauly aber richten sich nicht im geringsten danach. Die von unseren Kollegen vorgeschundenen Schnapsflaschen, teils noch mit Inhalt, zeigen, daß der Schnapsboykott hier noch auf der alten Höhe steht. Mag jedoch „Genosse“ Schulz seinen Verbandsmitgliedern auch fernershin nur ruhig vorreden, was sie für tüchtige Kerle sind. Das stärkt die Situation in Eöln. Wenn die besseren Elemente, die noch im „freien“ Lager sind, einsehen, welche Bauhüttscherei die Führer vor fanatisierten und radikalen, sich angeblich sozialdemokratisch gebührenden Massen betreiben, dann muß ein nachhaltig wirkender Etel aufkommen, der das Verbleiben in jenem Lager unmöglich macht.

Widerwillig, aber gezwungen durch sozialdemokratischen Übermut, haben unsere Kollegen den neuesten Kampf in Eöln durchgeföhrt. Wenn die „Genossen“ allenthalben aus der hier erlittenen Blamage die Lehre ziehen, daß sie den Zentralverband christlicher Holzarbeiter zwar nicht zu lieben brauchen, wohl aber zu fürchten haben, genügt uns der Ausgang der Sache.

### Soziale Rundschau.

**Soziale Wahlen.** Bei der Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht in Baden-Baden entfielen auf die Vorschlagsliste der christlichen Gewerkschaften 94 Stimmen, auf die sozialdemokratische Liste 112 Stimmen. Von beiden Listen sind je drei Beisitzer gewählt. — In Eriberg gelang es den christlichen Gewerkschaften mit der knappen Mehrheit von drei Stimmen bei der Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse zu siegen. Ihre Liste erhielt 170 Stimmen, die sozialdemokratische 167. — Bei der Gesellenauswahl zur Schreinerzunft in Würzburg erhielt der Zentralverband christlicher Holzarbeiter von sechs Auswahlmöglicdern drei. Er stellt den Altgesellen, dessen Stellvertreter und einen Beisitzer.

**Steuereklamationen.** Die Steuerbehörden sind schon eifrig mit den Einschätzungen zur Einkommensteuer beschäftigt. Nur noch wenige Tage werden vergehen, bis die Einschätzungen den Steuerzahlern zugehen. Um den Arbeitern, Angestellten und Hauseigentümern zur wirksamen Verteidigung gegen zu hohe Besteuerung geeignetes Material an die Hand geben zu können, hat der Verlag der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ in der „Arbeiterbibliothek“ im verflossenen Jahr eine Broschüre über das preussische Einkommensteuergesetz herausgegeben. Dieselbe gibt eine übersichtliche Darstellung des hauptsächlichsten Inhalts des Gesetzes unter besonderer Betonung des für den Arbeiterstand wesentlichsten. Speziell ist das Wesen des Lohn Einkommens und der Nebenbezüge klar gestellt und dargelegt, was alles von dem Roheinkommen abgezogen werden kann, es sei nur hingewiesen auf die Abzüge bei auswärtiger Arbeit, für Kleiderverschleiß, bei Ueberstunden, Mitarbeit der Frau und dgl. Auch das Einkommen und der zulässige Abzug bei Hausbesitz usw. ist gebührend berücksichtigt. Um dem Steuerzahler die Inanspruchnahme einwandfreier Einsprüche, Berufungen und sonstiger Eingaben in Steuerfachen zu ermöglichen, ist dem Büchlein eine Formularsammlung beigelegt. Die Anschaffung des Büchleins ist allen Steuerzahlern dringend zu empfehlen. Es dient auch als Helfer bei der mündlichen Verteidigung der Reklamation und bei der eventuell notwendig werdenden Berufung an die Berufungskommission.

1) Das Preussische Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891, seine wichtigsten Bestimmungen für Arbeiter, Angestellte und Hauseigentümer unter Berücksichtigung der Novellen vom 19. Juni 1906 und 26. Mai 1909. (Arbeiterbibliothek 13. Heft.) 36 Seiten 8°. Preis 30 Pfg., postfrei 35 Pfg. R. Glabbe 1910, Verlag der Westdeutschen Arbeiterzeitung G. m. b. H. Auch durch jede Buchhandlung zu beziehen.

### Aus dem gewerblichen Leben.

**Lehrkursus für Schreiner in Düsseldorf.** An der staatlich-städtischen Fachschule für Handwerk und Industrie in Düsseldorf wird im kommenden Sommerhalbjahr ein Kursus für Schreiner mit vollem Tagesunterricht (wöchentlich 4 Stunden) eingerichtet werden. Der Kursus beginnt Montag, den 3. April 1911. Der Zweck des Kursus ist, den im Schreinerhandwerk beschäftigten Personen, welche nach besseren Stellen in ihrem Berufe streben, eine geeignete theoretische Fachausbildung, hinlängliche Fertigkeit im Zeichnen, Gewandtheit in der Kalkulation, in der Buchführung und in der Abfassung von geschäftlichen Mitteilungen zu vermitteln. Ganz besonders dürfte die Teilnahme denjenigen Personen zu empfehlen sein, welche sich auf die Meisterprüfung vorbereiten wollen. Für den Kursus ist folgender Stundenplan aufgestellt:

Schriftverkehr, Wechsel und Buchführung	4	Stdn. wöchentl.
Zeichnen	2	"
Kalkulation	4	"
Planimetrie und Stereometrie	4	"
Gewerbliche Gesetzgebung	2	"
Formen- und Stillehre	2	"
Material, Werkzeug- und Maschinenkunde	4	"
Fachliteratur	4	"
Fachgespräche	18	"
zusammen 44 Stdn. wöchentl.		

Zur Teilnahme in den Kursus können nur solche Personen gelangen, die den Nachweis einer guten Volksschulbildung erbringen, eine zweijährige Praxis absolviert und das 17. Lebensjahr vollendet haben. Der Aufnahmetest hat sich der Schulordnung zu fügen. Anmeldungen zu diesem Kursus sind spätestens bis zum 21. März 1911 an die Direktion der Fachschule für Handwerk und Industrie, Düsseldorf, Charlottenstraße 87 zu richten. Weitere Auskunft erteilt ebenfalls der Direktor der Fachschule täglich in seinen Amtsräumen. Die Dauer des Kursus wird 16 Wochen betragen (Schluß: 31. Juli 1911). Das Schulgeld ist auf 40 Mark (für Kostüber auf 200 Mark) festgesetzt; dasselbe ist vor Beginn des Kursus zu entrichten. Bedürftigen Schülern kann das Schulgeld ganz oder teilweise erlassen werden. Die für den Unterricht erforderlichen Lernmittel (Lehrzeug, Reißzirkel, Winkel, Leiste usw.) haben sich die Teilnehmer an den Kursus selbst zu beschaffen. Allen, welche noch nicht in Besitz von Zeichnermaterialien sind, wird empfohlen, sich hierzu den Rat der Lehrer einzufordern. Die Schule ist in der Lage, auch diese Mittel, aller-

dings nur in beschränktem Maße, den Kursusstellnehmern auf Dauer des Kursus unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Die Teilnehmer erhalten am Schluß des Kursus ein Zeugnis, das sich über den Grad der Regelmäßigkeit der Teilnahme am Unterricht und über die in demselben erlangten Kenntnisse und Fertigkeiten ausspricht. Für zurückgelassene Zeugnisse, Hefte, Zeichnungen usw. haftet die Schule nicht. In die Kurse werden auch, sofern neben den Volksschülern noch Plätze verfügbar bleiben, Halbtagschüler aufgenommen, die sich Unterrichtstage und Gegenstände wählen können; die Unterrichtszeiten liegen zwischen 8 Uhr morgen und 7 Uhr abends; das Schulgeld wird in solchen Fällen entsprechend niedriger angesetzt.

**Umsätze im Welthandel.** Nachdem die Umsätze im Welthandel im Jahre 1909 sich nur langsam wieder zu heben begannen haben sie, wie die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ berichtet, im Jahre 1910 einen kräftigen Aufschwung erfahren. Soweit bis jetzt zusammenfassende Nachweise über den Außenhandel der verschiedenen Länder vorliegen, weist der Welthandel stark Zunahme auf. Sechs für die Gestaltung des Welthandels sehr wichtige Länder haben sowohl in der Einfuhr, als auch in der Ausfuhr erheblich größere Werte mit dem Auslande umgesetzt, als im Jahre 1909. Der Gesamtumsatz betrug bei den nachstehenden sechs Ländern in Mark:

	1909	1910
Großbritannien . . . . .	20 459 000 000	22 624 000 000
Deutschland . . . . .	15 719 000 000	16 626 000 000
Vereinigte Staaten . . . . .	12 288 000 000	14 391 000 000
Frankreich . . . . .	9 691 000 000	11 940 000 000
Belgien . . . . .	5 097 000 000	5 580 000 000
Schweiz . . . . .	2 187 000 000	2 357 000 000

Die verhältnismäßig kräftigste Steigerung des Umsatzes hat Frankreich aufzuweisen, dessen Handelsumsatz mit dem Auslande im Jahre 1910 um reichlich 23% in die Höhe gingen. Danach folgt Amerika mit einer Steigerung um 17%. Die Umsätze Großbritanniens gingen um 10,5%, die Belgiens um 9%, der Schweiz um 8% hinaus; erst an sechster Stelle folgt Deutschland, das seinen Umsatz mit dem Auslande von 1909 auf 1910 um 6% erhöhen konnte. An dem lebhafteren Warenaustausch am Weltmarkt hat also Deutschland den geringsten Anteil gehabt und zwar liegt das daran, daß Deutschlands Einfuhr im Jahre 1910 nur ganz wenig zugenommen hat; sie stieg von 8,86 auf 8,99 Milliarden Mk., so daß sich demnach nur unbedeutende Steigerung ergab. Die anderen Länder dagegen haben ihre Einfuhr durchweg kräftig erhöht, hauptsächlich die Vereinigten Staaten von Amerika, deren Einfuhr von 5 406 500 000 Mk. im Jahre 1909 auf 6 602 400 000 im Jahre 1910 oder um 22% in die Höhe gegangen ist. Belgiens Einfuhr stieg zwar auch kräftig, aber doch längst nicht in dem Maße; sie ging von 2 906 410 000 im Jahre 1909 auf 3 206 030 000 oder um 10%. Großbritanniens Einfuhr ist von 12 743 980 000 auf 13 840 100 000 Mk., Frankreichs Einfuhr von 5 059 350 000 auf 5 475 480 000 Mk. hinaufgegangen; bei beiden bleibt die Steigerung hinter 10%. Die Einfuhr der Schweiz stieg um etwa 7%. Nicht allein bei Deutschland, sondern auch bei den meisten anderen Ländern ist die Ausfuhr verhältnismäßig viel kräftiger gestiegen, als die Einfuhr. Die Ausfuhr Deutschlands betrug im Jahre 1910 7 640 000 000 Mk., gegen 6 860 000 000 Mk. im Jahre 1909; sie hat also um reichlich 10% zugenommen. Sehr kräftig hat sich die Ausfuhr Großbritanniens gehoben; sie ging von 7 714 900 000 Mk. auf 8 784 030 000 oder um 14% in die Höhe. Annähernd den gleichen Grad weist die Steigerung der amerikanischen Ausfuhr auf: von 6 881 100 000 auf 7 788 480 000 Mk. oder um 13,2%. Frankreichs Ausfuhr endlich ist von 4 631 630 000 Mk. auf 4 864 640 000 Mk. hinaufgegangen. Die Ausfuhr der Schweiz ist gegen die des Jahres 1909 um 9% gewachsen.

### Literarisches.

**Die Arbeiterversicherung in den Kulturstaaten.** Von G. Witkowski. Direktor im Reichsversicherungsamt in Berlin. Klein-Oktav in Leinen gebunden, VIII und 245 Seiten. (Sammlung Kösel, Bb. 38.) Preis Mk. 1.—. Verlag Kösel, Kempten u. München. Durch die neue Reichsversicherungsordnung ist der gesamte Kreis der Arbeiterversicherungsfragen wieder in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Die vorliegende Einführung in die Arbeiterversicherungsgegebung sämtlicher Kulturstaaten Europas, Amerikas und Australiens, von der denkbar zuständlichsten Seite mit voller Anschaulichkeit und reichster praktischer Erfahrung entwickelt, wird deshalb die größte Aufmerksamkeit aller Interessenten auf sich ziehen. Selbstverständlich ist die deutsche Arbeiterversicherung weitläufig ausführlich behandelt, und mit Stolz wird man aus ihrer Darstellung entnehmen, daß sie mit vollem Recht an die Spitze gestellt ist. Aber der vergleichende Ueberblick über in anderen Ländern durchgeführten Versicherungsformen lehrt uns doch, daß wir vom Ausland noch manches lernen, und manche Verbesserung übernehmen können. In jedem Fall wird das vorliegende vortreffliche Bändchen auf lange hinaus der beste Berater in einer der wichtigsten sozialen Maßnahmen des modernen Kulturstaates bleiben.

**Die Zentral-Luftheizung für das Einfamilienhaus.** Eine hygienische und praktische Unteruchung von Dr. med. Will Scheibe, Rgl. Brunnenarzt in Bad Steben. Preis 60 Pfg. — Wir müssen den größten Teil des Jahres in geheizten Räumen zubringen und deshalb ist die Heizungsfrage für uns eine sehr wichtige. Die Zentralheizung — schon den Römern bekannt — ist dabei nicht nur die bequemste, sparsamste, sondern — was die Hauptsache ist — auch der Gesundheit am zuträglichsten, sie ist ideal, wenn sie uns unentbehrliche frische Luft ganz rein und mit genügend Feuchtigkeitgehalt angewärmt in den Raum führt. Dr. Rgl. Brunnenarzt Dr. Scheibe behandelt in der vorliegenden Schrift alle diese Fragen in leichtverständlicher Form.

**Gelegte Kourniere für häusliche Füllungen.** Musterbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungschriften. **Eustach. Biller**, Marqueler, Heidelberg, Theaterstraße 7.

Für eine kleine Stuhl- **Stuhlmacher** auf geröndlich- fabrik auf dem Lande Sprossenstuhl für dauernde Arbeit gesucht. **B. Pottbohl**, Schöppingen i. W.

**Westphals Broschüre:** „Das richtige Schärfen, Schneiden und Hämmern der Sägen“ ist erschienen. Mit 6 Abbildungen. Preis 0,90 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder von **G. Westphal**, Berlin N., Schönhäuser Allee 104.